

Informationen zur Tagung des Landesvorstandes vom 18.08.2012

Zu Beginn der Tagung informiert Steffen Bockhahn die Mitglieder des Landesvorstandes, dass die Parteivorsitzende Katja Kipping nach einem Termin mit Vertretern des Bündnisses „Lichtenhagen bewegt sich“ wie geplant gegen 13 Uhr in die Landesvorstandssitzung kommen wird.

Vorbereitung Landesparteitag 15.09.2012

Steffen Bockhahn informiert über die bisher zum Landesparteitag am 15. September eingegangenen Anträge. Der Landesvorstand als Einreicher beschließt den Leitantrag A1, den Antrag „Kommunikation im Landesverband“ (A3) sowie den Antrag „Neubildung/Zusammenlegung von Kreisverbänden“ (S2). Weiterhin signalisiert der Landesvorstand Unterstützung für den Antrag „Rechtsgewährungsanspruch der Einwohnerinnen und Einwohner sichern“ (A6). Dem Jugendverband werden zur Qualifizierung seiner Anträge Hinweise gegeben.

Alle Anträge an den Parteitag werden umgehend auf www.die-linke-mv.de veröffentlicht.

Finanzen

Die Landesschatzmeisterin gibt Informationen zum Halbjahresstand der Finanzsituation des Landesverbandes und der Kreisverbände.

Den erneut eingereichten Antrag des Kreisverbandes Stralsund zum Erhalt einer Vollmacht zur Anmietung neuer Räumlichkeiten begründet Marianne Linke als Kreisvorsitzende. Der Landesvorsitzende und die Landesschatzmeisterin weisen darauf hin, dass sich an der Situation seit der letzten Landesvorstandssitzung nichts geändert hat. Folglich stimmte der Landesvorstand erneut gegen den Antrag aus Stralsund. Informiert wird in diesem Zusammenhang, dass seit der letzten LV-Tagung im Juni sowohl die Landes- als auch die Bundesschiedskommission Anträge des KV Stralsund in o.g. Anliegen negativ beschieden hat. Der vorliegende Finanzantrag der Linksjugend [solid] M-V zur Unterstützung der Abschlusskundgebung am 25. August in Rostock Lichtenhagen wird von Reinhold Uhlmann begründet. Er verweist dabei auch auf die noch unsicheren Posten in der Finanzierung, die ein Drittel der Gesamtfinanzierung ausmachen. Der Landesvorstand verständigt sich, dem Antrag nicht stattzugeben und stattdessen die GEMA-Kosten in Rahmen des Generalvertrages der Partei zu übernehmen. Zudem ergeht der Hinweis der Landesschatzmeisterin, die Kreisverbände wegen Unterstützung aus ihren Budgets für Jugendarbeit/solid anzufragen. Das Budget des Landesverbandes ist bereits ausgeschöpft.

Weiter informiert Steffen Bockhahn über einen Brief des Kreisverbandes Landkreis Rostock bzgl. der Finanzierung eines Büros in Bad Doberan. In der anschließenden Diskussion erklärt sich Steffen zu einer Hilfe bis Jahresende bereit und es wird ein Gespräch Anfang September mit allen Beteiligten angestrebt, um eine dauerhafte Lösung bis zur Bundestagswahl 2013 zu finden.

Der Finanzplan zur Durchführung der 3. Tagung des 3. Landesparteitages wird beschlossen.

Vorbereitung Bundestagswahl 2013

In Vorbereitung der Bundestagswahl fasst der Landesvorstand folgende Beschlüsse:

1. Bundestagswahlen 2013 gemeinsam erfolgreich gestalten!

DIE LINKE steht 2013 in Mecklenburg-Vorpommern vor einer großen Herausforderung: Es gilt, sich am Ergebnis von 2009 und somit am bislang besten Erst- und Zweitstimmenergebnis bei einer Bundestagswahl messen zu lassen.

Anknüpfend an diesen Erfolg erzielte DIE LINKE in den Jahren 2011 und 2012 respektable Ergebnisse bei den Bürgermeister-, Kommunal- und Landtagswahlen, welche es vor der konkreten Wahlkampfplanung 2013 auszuwerten gilt. Der Landesvorstand beauftragt daher die Landesgeschäftsstelle mit der Erarbeitung einer Auswertung der Wahlen 2011/2012 und erwartet einen ersten Entwurf zu seiner nächsten regulären Sitzung im Oktober 2012.

In Vorbereitung der Bundestagswahlen 2013 stellt der Landesvorstand fest, dass - wie auch in den Jahren zuvor - der gesamte Landesvorstand als Führungsgremium des Landesverbandes die Organisation und Führung des Wahlkampfes zu seiner zentralen Aufgabe des nächsten Jahres macht.

Der Landesvorstand nimmt somit erneut die Gesamtverantwortung für den bevorstehenden Wahlkampf wahr - der Landesvorsitzende agiert als Wahlkampfleiter. Der Landesvorstand erwartet von den Kreisverbänden, Arbeitsgemeinschaften und sonstigen - auch der Partei nahestehenden - Strukturen sowie sämtlichen Kandidierenden ein geschlossenes und gemeinschaftliches Agieren innerhalb der Partei und in der Öffentlichkeit. Die Anerkennung des (Wahl-)Programms sowie des einheitlichen Erscheinungsbildes der Partei setzen wir bei allen Wahlkampfaktivitäten voraus.

Der Landesvorstand beruft zur Unterstützung seiner Arbeit und zur Koordinierung der Aktivitäten u.a. mit den Kreisverbänden und KandidatInnen ein Landeswahlbüro.

Dem Wahlbüro gehören an:

Björn Griese (Leiter des Wahlbüros)

Gabi Buchholz (Finanzen/stellv. Leiter des Wahlbüros)

Regina Bärens (Koordinierung Kreisvorstände sowie GeschäftsführerInnen/MitarbeiterInnen der KV)

Kay Kröger

N.N. (die sechs DirektkandidatInnen ab Februar 2013 nach erfolgter Nominierung)

N.N. (Spitzenkandidat/in der Landesliste bzw. ein/e von ihr/ihm Beauftragte/r)

N.N. (ein/e Vertreter/in Landtagsfraktion als Koordinator/in)

N.N. (ein/e Vertreter/in der Wahlkreismitarbeiter/innen der aktuellen Bundestagabgeordneten als Koordinator/in)

Weitere Personen können nach Bedarf - auch zeitweise - in die Arbeit einbezogen werden - Festlegungen zur Arbeit der bisherigen Arbeit der AG "Wahlen" bzw. des Wahlbüros werden hiermit aufgehoben.

Das Wahlbüro nimmt seine Arbeit umgehend auf und unterstützt als eine seiner ersten Maßnahmen die Erstellung einer Wahlauswertung sowie die Vorbereitung und

Durchführung von Nominierungsversammlungen in den Direktwahlkreisen (siehe Antrag Regelungen zur Wahl der DirektkandidatInnen/WahlkreisbewerberInnen zum 18. Deutschen Bundestag).

Die Kreisverbände werden aufgefordert, umgehend Wahlteams innerhalb der neuen Bundestagswahlkreise zu bilden und das Landeswahlbüro diesbezüglich zu informieren.

2. Regelungen zur Wahl der DirektkandidatInnen/WahlkreisbewerberInnen zum 18. Deutschen Bundestag

Das „Zwanzigste Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes“ sieht eine gravierende Änderung der Wahlkreisstruktur in Mecklenburg-Vorpommern vor. Neben dem Verlust eines gesamten Wahlkreises (von 7 auf 6) stimmen die neuen Zuschnitte der Wahlkreise in keiner Form mit den gerade erst 2011 gebildeten staatlichen Strukturen überein.

Innerhalb des Bundeswahlgesetzes und der Bundes- bzw. Landessatzung unserer Partei beschließt der Landesvorstand:

1. Mit dem Stichtag 30. Juni 2012 findet die Bestellung für die Vertreterinnenversammlungen (VV) innerhalb der Bundestagswahlkreise (BTWK) statt. D.h., alle am 30. Juni 2012 registrierten und an diesem Tage zum Bundestag wahlberechtigten Mitglieder der Partei DIE LINKE. M-V besitzen ein aktives und passives Wahlrecht zur VV innerhalb ihres BTWK.
2. Pro BTWK findet in der Zeit vom 19. August 2012 bis 31. Januar 2013 eine VV zur Aufstellung der/des Direktkandidatin/en statt. Die Wahlprotokolle sind bis zum 10. Februar 2013 der Landesgeschäftsstelle zu übermitteln.
3. Für die jeweiligen VV gilt innerhalb der BTWK folgender Delegiertenschlüssel: Pro angefangene 25 Mitglieder = 1 Delegierte/r. Eine Geschlechterquotierung ist anzustreben.
Die an den jeweiligen BTWK beteiligten Kreisverbände regeln die Aufstellung/Nominierung/Wahl der Delegierten eigenverantwortlich entsprechend den gesetzlichen und parteilichen Richtlinien.
4. Die Paragraphen 22 und 23 der Landessatzung gelten wie die Wahlordnung der Partei entsprechend.

3. Einberufung der Landesvertreterinnenversammlung zur Aufstellung der Wahlbewerberinnen und Wahlbewerber und zur Festlegung ihrer Reihenfolge auf der Landesliste (Aufstellung der Liste zu den Bundestagswahlen 2013)

1. Die Landesvertreterinnenversammlung zur Aufstellung der Landesliste zur Wahl des 18. Deutschen Bundestages wird für den 13. April 2013 in die „Tenne“ Fleesensee, Göhren-Lebbin, einberufen.
2. Die Vertreterinnenversammlung nimmt einen Personalvorschlag des Landesausschusses zur Aufstellung der Liste entgegen.
3. Die Versammlung wählt die Landesliste für die Wahlen zum 18. Deutschen Bundestag.
4. Antragsschluss ist der 16. März 2013, 12.00 Uhr (Zustellfrist).
5. Für die Vertreterinnenversammlung gilt entsprechend Mitgliederstatistik 30.06.2012 (siehe Anlage) folgender Delegiertenschlüssel: Delegiertenwahlkreis (DWK) MSP = KV

MSP 24, DWK PUR = KV PUR16, DWK ROS = KV ROS 14, DWK NWM = KV NWM 10, DWK HRO = KV HRO 18, DWK SN = KV SN 10, DWK SWM = KV SWM 14, DWK VR = KV VR + KV HST 14. Gesamt: 120 (bei 4.899 Mitgliedern vertritt somit ein Mandat im Landesdurchschnitt 41 Mitglieder).

6. Die Wahl der Delegierten erfolgt im Zeitraum vom 19. August 2012 bis zum 31. Januar 2013. Die Wahlprotokolle sind bis zum 10. Februar 2013 der Landesgeschäftsstelle zu übermitteln.

4. Zeichnungsberechtigung der Kreiswahlvorschläge

Entsprechend Bundeswahlgesetz sowie Satzung der Partei DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern (§22) ist der Landesvorstand aufgefordert, drei VertreterInnen zur Unterzeichnung der Anlagen zur Einreichung der Wahlvorschläge zu benennen.

Die Kreiswahlvorschläge unterzeichnen für den Landesvorstand:

Steffen Bockhahn, Landesvorsitzender

Gabriela Buchholz, Landesschatzmeisterin

Björn Griese, stellv. Landesvorsitzender

Aktuell-politische Situation/ Aus den Gremien

Helmut Holter berichtet kurz über die Situation bei den P+S-Werften und kündigt an, dass er eine Pressemitteilung dazu verfasst, was auf allgemeine Zustimmung stößt, da er sich bereits mehrfach zu diesem Thema geäußert hat. Er kündigt außerdem Nachfragen bei der Landesregierung an.

Reinhold Uhlmann und Elke Friedl (stellv. Kreisvorsitzende HRO) informieren über Termine am 25./26. August bzgl. des 20. Jahrestages der Ereignisse in Rostock Lichtenhagen. Für alle LINKEN Teilnehmer an der Demo am 25.8. gilt: Treffpunkt ist um 13:45 Uhr die Kreuzung Warnowallee/St. Petersburger Str. (vor der Bäckerei Sparre). Die Abschlusskundgebung mit Konzert soll um 17:30 Uhr auf dem Parkplatz an der Flensburger Straße stattfinden.

Am 26.8. findet eine Fahrraddemo (Sternfahrt) statt. Zwei der Startpunkte sind am Rathaus (9 Uhr) und am Markt Reutershagen (9:30), wobei die Mehrheit der Mitglieder des Kreisverbandes sich in Reutershagen treffen wird. Mitglieder aus anderen Kreisverbänden sind aufgerufen, die Aktivitäten zu unterstützen.

Reinhold Uhlmann berichtet weiter über das Bündnis „Unsere Bahn soll weiterfahren!“ und bittet, weiter Unterschriften zu sammeln.

Heidrun Bluhm berichtet, dass sie vom 20. bis 30.8. auf Tour durch ihren Wahlkreis ist.

Björn Griese berichtet, dass es im Zuge der Kreisstrukturreform in NWM

Auseinandersetzungen zwischen Kreis und der Stadt Wismar um die Immobilie des Asylbewerberheims gibt. Wegen Uneinigkeit über den Wert der Immobilie wird von der Verwaltung über einen Umzug der AsylbewerberInnen aufs flache Land nachgedacht. Dies lehnt DIE LINKE ab.

Bereits während der sogenannten „Sommerpause“ hat sich der Landesvorstand mehrheitlich dem Aufruf des Kreisvorstandes DIE LINKE. Rostock angeschlossen:

Aus der Vergangenheit lernen! Für eine lebendige Demokratie, gegen Neofaschismus und Rassismus!

Das Sonnenblumenhaus in Lichtenhagen ist nicht nur Rostockern, sondern fast weltweit ein Begriff, nachdem im August 1992 die Bilder von Feuer und Panik um die Welt gingen.

1992 - Da brannten ganze Hausaufgänge und Menschen mussten um ihr Leben bangen. Der Unmut über unhaltbare Zustände im Zusammenhang mit der Unterbringung von Asylsuchenden machte sich Luft. Zu lange wurden die Missstände ignoriert und die Verantwortung zwischen der Stadt und dem Land Mecklenburg-Vorpommern hin und her geschoben.

Später eskalierte die Situation und es kam zu den menschenfeindlichen Übergriffen eines gewaltbereiten Mobs auf die Zentrale Aufnahmestelle für Asylsuchende (ZAST), das angrenzende Wohnheim vietnamesischstämmiger ehemaliger DDR-Vertragsarbeiter und die Polizei. Unten auf der Straße standen gaffende Zuschauer und klatschten Beifall.

Es waren unsere Nachbarn, die aus den Flammen flüchten mussten. Sie waren nach Rostock gekommen, weil wir sie in der DDR als "Vertragsarbeiter" brauchten. Andere waren vor den politischen Zuständen in Jugoslawien geflohen. Sie alle lebten unter uns. Und das unter unhaltbaren Zuständen. In den Häusern gab es Platz für 300 Menschen, zeitweilig lebten dort bis zu 650, einige von ihnen völlig unversorgt, quasi auf der Straße. Das alles in einer Situation, in der alles im Umbruch war und Zukunftsängste wuchsen. Die vermeintlich "Fremden" wurden zu Sündenböcken für vieles, was schief lief. Und kurz nach den menschenfeindlichen Übergriffen wurde die Asylgesetzgebung der Bundesrepublik verschärft.

An diesem Tag im Sommer eskalierte die Gewalt und entlud sich an Unschuldigen. Was dann folgte, muss bleibende, mahnende Erinnerung sein: sensationssüchtige Medien, die die Stimmung noch anheizten, völlig überforderte Verantwortliche aus Politik und Verwaltung, Beifall klatschende Menschen auf der Straße, die den rechten Mob noch unterstützten. Die Rostocker Bevölkerung verfolgte geschockt und überwiegend passiv die bürgerkriegsähnlichen Vorgänge aus sicherer Distanz. Nur wenige zeigten damals Mut und stellten sich schützend zu den Bedrohten.

So etwas darf sich nicht wiederholen! Deshalb gehen wir auf die Straße!

Rassismus ist ein Alltagsphänomen und es ist allerhöchste Zeit, sich mit den Strukturen auseinanderzusetzen, die diesen ermöglichen, und Aufklärungsarbeit zu gewährleisten. Wir gehen auf die Straße, um an den August 1992 zu erinnern und zu mahnen. Rechten Parolen und Gewalttaten, wie sie immer noch geschehen, setzen wir unsere zivilgesellschaftliche Courage und unser demokratisches Miteinander entgegen. Wir sagen NEIN zu Rassismus und Gewalt!

Schluss mit Extremismusklauseln in der Aufklärungsarbeit. Schluss damit, dass restriktive Maßnahmen gegen vermeintlichen linken Terror ergriffen werden, Menschen aber weiterhin aus rassistischen Gründen verfolgt und ermordet werden.

NEIN zu RASSISMUS statt dessen: SOLIDARITÄT mit den Opfern!

Wir fordern:

- Konsequente Ahndung rassistischer Äußerungen und Handlungen!
- Unverzögliche und lückenlose Aufklärung der rassistischen NSU-Morde!
- Kritische Auseinandersetzung mit Rassismus in allen Facetten!
- Auflösen aller Nazistrukturen, NPD- und Kameradschaftsverbot!
- Schluss mit Abschiebungen, Residenzpflicht und Arbeitsverbot!
- Menschenwürdige Unterbringung und Versorgung Asylsuchender!
- Schluss mit der diffamierenden und ausgrenzenden „Integrationsdebatte“!
- Stärkung und Entkriminalisierung antirassistischer und antifaschistischer Arbeit!

Für ein gleichberechtigtes, selbstbestimmtes und solidarisches Zusammenleben!
BETEILIGT EUCH AN DER DEMO AM 25. AUGUST 2012, 14.00 UHR IN ROSTOCK,
LÜTTEN KLEIN, WARNOWALLEE.
WIR SIND VIELE!

Sonstiges

Bei der Beratung mit der Parteivorsitzenden Katja Kipping mit dem Landesvorstand, Kreisvorsitzenden und weiteren Gästen berichtet Katja ausführlich über ihre Vorstellungen über die Entwicklung der Partei insbesondere im Hinblick auf die Bundestagswahlen 2013. Die Sommertour von Bernd Riexinger und ihr wertet sie als erfolgreich und sehr gewinnbringend für alle Beteiligten. Im Anschluss gibt es eine ausführliche Diskussion zu einer Reihe von Themen.

U.a. sprach sich die Parteivorsitzende für das Thema Ostdeutschland als Kernkompetenz der LINKEN aus. In der aktuellen Diskussion um die Beitragsehrlichkeit und das Führen von ehrlichen Mitgliederstatistiken, gerade in den westdeutschen Bundesländern, ist sich der LV einig, offensichtliche Verstöße diesbezüglich nicht zu tolerieren.

DIE LINKE in Mecklenburg-Vorpommern wird sich aktiv am Aktionstag „Umfairteilen“ am 29.09.2012 beteiligen. In mehreren Städten des Landes wird es Aktionen geben – die zentrale Landesveranstaltung findet in Rostock statt.

Die nächste Tagung des Landesvorstandes findet am 14.09.2012 in Ludwigslust statt.

Weitere wichtige Termine:

24.08.2012	10.00 Uhr	Rostock	Beratung Kreisgeschäftsführer
25./26.08 2012		Rostock	Aktivitäten 20 Jahre Lichtenhagen
31.08.2012	17.00 Uhr	Rostock	Landesausschuss
15.09.2012	10.00 Uhr	Ludwigslust	Landesparteitag

Ausführliche Informationen zu den o.g. und weiteren Terminen im Internet unter www.die-linke-mv.de.